

ANFRAGE

des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gerhard Deimek
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend **Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Transformationsprozesse
im Geschäftsbereich des BMJ**

Die Coronakrise und die in weiten Teilen überschießenden Coronamaßnahmen haben in zahlreichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen Spuren hinterlassen. Insbesondere die Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen und die Aufrechterhaltung zentraler Verwaltungsprozesse standen aufgrund der Coronamaßnahmen unter erheblichem Druck. Digitale Lösungen wurden vielerorts ad hoc und überstürzt eingeführt oder ausgeweitet, um Kontaktbeschränkungen zu begegnen und Verwaltungsabläufe aufrechtzuerhalten. Gerade dadurch wurde auch deutlich, dass oftmals strukturelle Defizite in der digitalen Infrastruktur, bei der technischen Ausstattung sowie im Bereich der digitalen Kompetenzen bestehen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit die Pandemie nachhaltige Impulse für die Digitalisierung von staatlichen Behörden gesetzt hat, welche konkreten Fortschritte erzielt wurden und welche Herausforderungen weiterhin bestehen.

In Deutschland wurden diese Prozesse bereits wissenschaftlich untersucht: *„Die Corona-Krise war ein externer Schock, der betriebliche Transformationsprozesse nicht nur unterbrochen, sondern mitunter auch beschleunigt hat.“* – so eine zentrale Erkenntnis der im Auftrag des deutschen Bundesministeriums für Arbeit und Soziales durchgeführten Studie „Fallstudien zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf betriebliche Transformationsprozesse“¹. Die Studie beleuchtet anhand konkreter Branchen und Unternehmen, wie organisationale Veränderungsprozesse unter dem Eindruck der Pandemie beeinflusst wurden – etwa Digitalisierungsschritte, Personal- und Kompetenzentwicklungen, Führungsmodelle oder Innovationspraktiken. Sie zeigt auch: Unternehmen mit partizipativen Führungsstrukturen, Investitionen in Weiterbildung und offenen Innovationskulturen erwiesen sich als besonders resilient.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse ist es von besonderem Interesse, wie sich die Pandemie auf Organisationen und Projekte im Einflussbereich des Ressorts ausgewirkt hat und welche strategischen Konsequenzen daraus gezogen wurden. Es ist evident, dass die regierenden Parteien kein Interesse daran haben, die Coronakrise und die autoritären Coronamaßnahmen aufzuarbeiten und sich dabei auch eigenen Fehlern zu stellen. Es ist im Sinne des Steuerzahlers und der Optimierung der staatlichen Organisation des Gemeinwesens jedoch unumgänglich, dass man sich einer strukturellen Ex-Post-Betrachtung in der Staatsverwaltung stellt, um Lerneffekte aus der Krise zu erzielen.

¹ https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb-580-3-fallstudien-auswirkungen-corona-transformationsprozesse.pdf?__blob=publicationFile&v=4

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Justiz nachstehende

Anfrage

1. Welche ressortzugehörigen Organisationen, Agenturen oder Unternehmen im öffentlichen Eigentum waren in den Jahren 2019 bis 2024 von pandemiebedingten Umstrukturierungen oder Veränderungsprozessen betroffen?
 - a. Wie hoch waren die Kosten dieser pandemiebedingten Umstrukturierungen? (Bitte um Aufschlüsselung)
2. Welche konkreten, pandemiebezogenen Vorschriften und Coronamaßnahmen – bspw. Vorgaben bzgl. Impfstatus, Kontaktbeschränkungen, Home Office etc. – gab es für Mitarbeiter im Einflussbereich Ihres Ressorts bei der Ausübung ihrer Tätigkeit in den Jahren 2019 bis 2024?
3. Welche ressortinternen bzw. externen Projekte wurden infolge der Pandemie verschoben oder gestrichen?
4. Wie haben sich die Digitalisierungsprozesse im Einflussbereich Ihres Ressorts durch die Pandemie verändert?
 - a. Wurden neue digitale Plattformen eingeführt oder bestehende Strukturen ausgebaut?
 - i. Wenn ja, welche waren das und welche Kosten waren damit verbunden? (Bitte um Aufschlüsselung)
 - b. Welche Daten zur Nutzungsintensität digitaler Tools (z. B. Homeoffice-Infrastruktur, interne Kommunikation, Mobilitätsdatenverarbeitung) liegen Ihnen vor?
 - c. Welche Daten zu den Kosten digitaler Tools (z.B. Lizenzgebühren für Programme) liegen Ihnen vor? (Bitte um Aufschlüsselung)
5. Inwiefern wurde auf temporäre Ausnahmesituationen (z. B. eingeschränkter Publikumsverkehr) mit strukturellen Innovationen reagiert?
6. Welche externen Beratungskosten sind durch die Pandemie für Ihr Ressort entstanden und wie setzen sich diese zusammen?
7. Welche Maßnahmen wurden zur Stärkung der organisationalen Resilienz ergriffen (z. B. Krisenpläne, Aufbau von Redundanzen, Diversifizierung von Lieferketten)?
8. Gab es ressortweite Analysen oder Lessons-Learned-Prozesse zur Evaluierung der Erfahrungen aus der Pandemiezeit?
 - a. Wenn ja, wie wurden die Erkenntnisse dokumentiert und in strategische Steuerung integriert?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
9. Wie wurden Beschäftigte (inkl. technisches Personal, Verkehrsbedienstete, Verwaltung) in pandemiebedingte Transformationsprozesse eingebunden?
 - a. Gab es Programme für Upskilling, Reskilling oder andere Formen von Kompetenzaufbau?
 - i. Wenn ja, welche?
 - ii. Wenn nein, warum nicht?
 - b. In welchen Bereichen wurden neue Kompetenzprofile geschaffen?
10. Wurden Beschäftigte im Einflussbereich Ihres Ressorts aufgrund von Nichteinhaltung von Coronamaßnahmen arbeitsrechtlich belangt?
11. Welche langfristigen Veränderungen wurden aus der Pandemie abgeleitet in Bezug auf Arbeitsplatzmodelle (Remote, Hybrid), Innovationsstrategien, Investitionsprioritäten und öffentliche Beteiligungsprozesse?

12. Inwiefern ist die Digitalisierung in Ihrem Ressort durch pandemiebedingte Veränderungen vorangetrieben worden?
13. Gab es ressortinterne oder ressortübergreifende Kooperationen zur Bewältigung pandemiebedingter Herausforderungen?
 - a. Wenn ja, welche?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
14. Welche der ergriffenen Maßnahmen wurden im Sinne einer „Krisenfestigkeit“ dauerhaft institutionalisiert?
15. Wie fließen die gewonnenen Erkenntnisse in aktuelle Strategieprozesse des Ressorts ein?
16. Welche Kosten für Corona-Testungen der Mitarbeiter sind in Ihrem Ressort in den Jahren 2019 bis 2024 aufgelaufen?
17. Welche Vorschriften bezüglich Coronatestungen gab es für Beschäftigte in den Jahren 2019 bis 2024 in Ihrem Ressort?
18. Gibt es im Geschäftsbereich Ihres Ressorts systematische Forschungsvorhaben oder Monitoringprogramme, die sich mit den Transformationserfahrungen aus der COVID-19-Pandemie befassen?
 - a. Wenn ja, welche sind das?
 - b. Wenn nein, warum nicht?

Ulrich Krainz

Josef Eder *Deinert* *Stefan*

www.parlament.gv.at

n

